

**Zeitschrift:** Curaviva : Fachzeitschrift  
**Herausgeber:** Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz  
**Band:** 77 (2006)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Kommentar : der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf bei Pflegekindern : der politische Druck ist geschrumpft statt gewachsen  
**Autor:** Eisenring, Markus  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-803966>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Kommentar: Der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf bei Pflegekindern

# Der politische Druck ist geschrumpft statt gewachsen

■ Markus Eisenring



*Im Nachgang zu den Spanien-Ereignissen forderten verschiedene Stellen, darunter auch Curaviva Schweiz, eine professionelle Aufsicht für Platzierungs-Vermittlungsstellen. Ende Juni hat Integras im Rahmen einer Medienkonferenz detaillierte Richtlinien für die Platzierungen von schwierigen Kindern und Jugend-*

*lichen vorgestellt. Nun hat der Bundesrat entschieden, präziser: Er hat nicht entschieden. Eine Revision der 30-jährigen Pflegekinderverordnung, wie sie SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr bereits 2005 in einem parlamentarischen Vorstoss gefordert hat, sei unnötig, die bisherige föderalistische Lösung – minimale Bundesvorschriften und maximale Freiheit für die Kantone – habe sich bewährt. Dass das nicht stimmt, wissen alle, die beruflich – in welcher Funktion auch immer – mit ausserfamiliären Platzierungen zu tun haben. Der (Nicht-)Entscheid des Bundesrates übergeht, neben anderem, die Tatsache, dass sich die Organisationsform der privaten Vermittlungsstellen erst in den vergangenen 15 Jahren entwickelt hat. Von unserer Landesregierung durfte, so wie die Mehrheitsverhältnisse gegenwärtig sind, leider nicht mehr erwartet werden. Politisch ist und bleibt das Pflegekinderwesen so randständig, wie dessen «Subjekte» es sind. Zum Thema wird es nur (temporär) bei Skandalen.*

## Unnützer Ruf nach Selbstverantwortung

*Es sei an dieser Stelle an den grundlegenden Dissens erinnert, der die aktuellen sozialpolitischen Auseinandersetzungen prägt. Es geht um nichts weniger als um die Neuregelung des Verhältnisses zwischen politischer und privater Verantwortung respektive um die Frage, welche Bedürfnisse als politisch, welche als privat definiert werden. Für politische Bedürfnisse sind staatliche Lösungen legitim; private Bedürfnisse hingegen sind der Selbstregulierung durch Wirtschaft und Individuum zu überlassen. Als Beispiel für eine anerkannte politische Lösung kann die AHV dienen, auch wenn deren Finanzierung und Ausgestaltung immer wieder umstritten ist. Auf der anderen*

*Seite stehen die Rufer (Ruferinnen sind es deutlich weniger!) nach Selbstverantwortung, welche bei der Sozialhilfe zuerst den Missbrauch sehen, hingegen kaum oder gar nicht nach Bedürftigkeit und Notlage fragen – von Lippenbekenntnissen abgesehen. Wer aber die Beantwortung sozialer Fragen regelmässig oder gar reflexartig mit dem Hinweis auf die individuelle Eigenverantwortung abwimmelt, stiehlt sich entweder aus der Debatte oder stellt sich in den Dienst der Steuersenker und Staatsabbauer.*

## Zu grosse Unterschiede

*Bei Makro-Analysen darf es allerdings nicht bleiben. Es kann nicht sein, dass die Kontrolle der Vermittler, des Pflegekinderwesens insgesamt weiterhin von Gemeinde zu Gemeinde, von Kanton zu Kanton in einer Spannweite variiert, die von «völlig ungenügend» bis zu «engagiert und professionell» reicht.*

*Im Bereich der Koordination mit dem Ziel einer einheitlicheren Praxis sieht denn auch die neue Präsidentin der SODK, die St. Galler Regierungsrätin Kathrin Hilber (SP), Handlungsbedarf. Wie diese Koordination ausgestaltet werden soll und wer sie an die Hand nehmen wird, ist allerdings noch längst nicht entschieden.*

*Der vorliegende Bundesratsentscheid hat politischen Druck weggenommen statt aufgebaut und den Prozess damit bestimmt nicht gefördert. Ob sich die IVSE, die Interkantonale Vereinbarung für Soziale Institutionen, als Vehikel für die angesprochene Koordination und Kontrolle im Platzierungswesen, sogenannte Time-out-Organisationen mit eingeschlossen, eignet, ist unter den Kantonen umstritten. Curaviva Schweiz ist der Ansicht, dass diese Möglichkeit unbedingt genauer geprüft und diskutiert werden sollte. Es sprechen viele gute Argumente dafür, die im angesprochenen Bereich dringend notwendigen Verbindlichkeiten über die IVSE zu schaffen. Im Zuge der NFA-Umsetzung sind durch EDK und SODK gemeinsame Arbeitsgruppen ins Leben gerufen worden, welche sich als Plattform dafür anbieten würden.*